

Situation Flüchtlinge und Integration: aktuellen Lage

- in Eberswalde haben viele Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ein neues Zuhause gefunden
 - Anzahl ist v.a. seit 2015 stark gestiegen
 - von 2015 bis 2017 verdoppelte sich der Anteil der nicht-deutschen Bevölkerung von rund 3,3% auf rund 6,6%
 - in tatsächlichen Zahlen ausgedrückt: bis 2017 ist die Anzahl von 1.323 auf 2.741 gestiegen
 - Zuwachs basiert auf im Wesentlichen auf Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen (umfasst etwa eine Größenordnung von 1.300 bis 1.500 Menschen)
 - wir erwarten einen weiteren Zuzug von anerkannten Flüchtlingen
- im Februar 2018 sind aus zwei Oderberger Flüchtlingsunterkünften 15 Menschen nach Eberswalde gezogen,
8 weitere kamen aus Unterkunft in Blankenfelde-Mahlow
und 2 aus einer Einrichtung in Bernau
- weiterhin sind Anmeldungen im Rahmen des Familiennachwuchses zu verzeichnen
 - dieses Bild sprechen die Zahlen

- meine sehr verehrten Stadtverordneten, Sie alle haben die Bilder aus Cottbus und auch die Reaktionen sicher noch vor Augen
- auch wissen Sie, dass als Ergebnis durch die Landesregierung eine Soforthilfe angeboten wurde
- die herausfordernde Aufgabe der Integration wird aber täglich gelebt, das heißt eine Unterstützung sollte nicht nur angeboten werden, wenn es eskaliert, sondern vor allem präventiv
- auch EW bewältigt diese Aufgabe, wobei ein großer Teil der Verantwortung durch Bevölkerung/Ehrenamt getragen wird
- dazu gehören z.B. der Runde Tisch Willkommen in Ebw, die Kleiderkammer, die zahlreich ehrenamtlich organisierten Sprachkurse, eine wichtige Rolle übernehmen die HNE, die Freiwilligenagentur, die WHG, nicht zu vergessen das Engagement in Schulen und Kitas
- ohne dieses Engagement geht es nicht, daher gilt diesen vielen Unterstützern mein aufrichtiger Dank
- Dank aber auch an Sie/die Politik: es gibt finanzielle Unterstützung und unkomplizierte Hilfe durch den Fond „Eberswalde handelt“
- in 2017 wurden 35 Tsd. Euro als Finanzspritze verteilt und auch für 2018 wurden im letzten ASBKS Projekte unterstützt
- aber nicht nur Geld ist notwendig

- Integration erfordert Kompromisse und ein Aufeinanderzugehen im alltäglichen Zusammenleben, im Umgang mit neuen Kulturen/Gegebenheiten oder Sprachbarrieren
- das ist eine fordernde Aufgabenstellung
- am deutlichsten wird das bei den Kitas
 - o 81 Kinder werden in den städtischen Einrichtungen betreut
 - o neue Situation für die Erzieher aber auch die Kinder
 - o Konzentration der Arbeit am Kind als auch in der Elternarbeit – mit den Dazugekommenen
- das ist eine neue Situation und erfordert Kompromisse und Verständnis von **allen** Seiten
- ein ähnliches Bild zeigen die Grundschulen
 - o 116 Kinder werden in **unseren** 3 Grundschulen beschult
 - o auch hier gibt es Hürden aufgrund der Sprache, Kultur etc. im Zusammenleben
- diese Lage verändert das Anforderungsprofil an unsere Pädagogen und verlangt nach ad hoc Lösungen vor Ort
- wie gesagt: Unterstützung kommt vom Ehrenamt, von den Eltern und von unseren sowie den kreislichen Sozialarbeitern
- aber: die Kräfte sind endlich

- es braucht Unterstützung, bevor es zur Eskalationen kommt, weil die Leidtragenden alle Menschen hier vor Ort sind – die Alteingesessenen und die neuen Eberswalderinnen und Eberswalder
- hier ist das Land gefordert!
- überall sind Veränderungen wahrzunehmen
- am augenscheinlichsten wird es im Stadtbild
 - o sei es in den Sommermonaten auf dem Spielplatz
 - o oder auf dem Markt etc.
- ja, Jugendliche treffen sich da in Gruppen
- das gehört zum Jungsein dazu, erinnern Sie sich zurück
- das heißt: der Gruppenauftritt ist normal, unabhängig von der Herkunft
- aber, und das bestätigen die Sozialarbeiter und Streetworker, die Grundstimmung hat sich im Laufe der Zeit verändert
- es gibt einen aggressiveren Umgang untereinander
- das betrifft auch die verschiedenen Herkünfte der Neudazugekommenen untereinander, aber auch mit deutschen Jugendlichen, aber auch unter deutschen Jugendlichen

- von den mehr als 2.000 Flüchtlingen sind es ca. 10 männliche Jugendliche nach Aussagen der Polizei, die besonders auffallen
- aber wie kann man dem raueren Ton auf der Straße begegnen?
- mehr Sozialarbeit/Streetworker wären eine Möglichkeit
- aber diese können nicht immer und überall dabei sein und wer finanziert das?
- hier ist zu klären: Was wird wie nach außen kommuniziert, ohne in der Öffentlichkeit Vorurteile weiter zu schüren, aber auf der andern Seite wahrheitsgemäß zu informieren
 - o nicht verheimlichen, aber auch nichts befeuern
 - o also sagt man die Nationalität von Tätern und Opfern oder nicht
- wir alle hier, jeder Einzelne aber auch die Verwaltung und Parteien tragen Verantwortung für das Zusammenleben in der Stadt
- müssen uns Gedanken machen, wie wir unseren Ansprüchen gerecht werden können, ohne dass wir die Menschen überfordern und ihnen selbst die Last tragen lassen

Was brauchen wir?

- Geld – Leute – Engagement
- wir müssen die vielen Freiwilligen, die Selbstorganisationen stärken
- verbindliche Deutschkurse
- Integration ins Arbeitsleben
- Miteinander statt Nebeneinander
- Null Toleranz bei Straftergehen
- neue verbindende Projekte und natürlich Integrationskonzepte des Landes

Was bisher geschah?

- enorm viel – bereits am Anfang geschildert
- nochmals Dank ans Ehrenamt
- Brief am 07.02.2018 an Ministerpräsident und Innenminister
- intensive Gesprächsrunden mit Polizei und Ordnungsamt – 12.02.2018
- 19.02.2018 temporäre Koordinierungsstelle

- mit dem Landkreis und der Polizeiinspektion Barnim konnten erste Verabredungen zur Lösung erzielt werden
- die Stadt Ebn. steht gemeinsam mit dem Landkreis Barnim in der Verantwortung, tragfähige Strukturen zur kurz- und langfristigen Integration weiterzuentwickeln und zu etablieren

- hier geht es allein um Schaffung von Kitaplätzen, Anbindung an Arbeitsmarkt u.ä.
- vielmehr gilt es auch durch Abstimmung von Maßnahmen, verwaltungsübergreifend zusammen zu arbeiten
- sehr geehrte Stadtverordnete, auch das Thema der Sicherheit und Ordnung ist dabei von immenser Bedeutung
- bedeutet konkret, dass für die Stadt Ebw. eine temporäre Koordinierungsstelle gegründet wurde
- gemeinsam werden Landkreis, Stadt Ebw. und Polizeiinspektion dieses Gremium zu notwendigen Entscheidungen führen
- Ziele sind neben dem Austausch von Informationen, ein gemeinsames Abstimmen operativer Maßnahmen, Abstimmung eines Präventionskonzeptes
- von unserer Seite das Dezernat I federführend dabei sein
- ich bin mir sicher, dass Integration immer eine Chance bekommen muss und die sollten wir auch Ebw. geben

Es gilt das gesprochene Wort!